

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3 (Waldenburger



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 9.30, monatlich 3.10 M. frei Haus. Preis der einpaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 50 Pf., von auswärts 60 Pf., Wellenanteil 1,50 M.

Bedingungen der Demokraten.

Die Heereskammer.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist die Bildung einer vorläufigen Heeres- und einer vorläufigen Marinekammer angeordnet worden. In einem Überblick, den das Reichswehrministerium zu dieser Angelegenheit gibt, wird folgendes ausgeführt: Mit der Heereskammer ist dem Heeres nach einer berufständigen Vertretung Rechnung getragen worden. An Laufe des Jahres 1919 hatte sich ein neues, bis dahin als disziplinwidrig und unmilitärisch erkanntes Verfahren herausgebildet. Wünsche, Anregungen und Vorschläge der Truppe zur Kenntnis des Ministeriums zu bringen. Aboardnungen von Truppen, einzelne Offiziere usw. erscheinen fast täglich in Berlin, irren umher, bis sie die zuständige Stelle gefunden haben und können im allgemeinen nichts weiter wie die Zusage einer Prüfung ihrer Angelegenheit erhalten. Dieser Zustand durfte im Interesse der Disziplin nicht ein dauernder werden. Die Zweckmäßigkeit der Truppe ein Sprachrohr zu geben, durch das sie auch ohne Dienstweg zur Zentralstelle sprechen kann, wurde anerkannt. Diese Begründung führten dazu, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, vom Althergebrachten abzugehen und in der Heereskammer ein Ventil für die Truppe zu schaffen, eine lebendige Verbindung zwischen Zentralstellen und Truppe, die vom Vertrauen des Heeres und des Ministeriums getragen wird.

Es ist natürlich, daß die vorläufige Heereskammer in der Gestalt, wie sie durch Verordnung und Ausführungsbestimmungen vorgesehen ist, noch nichts Vollwertiges darstellen kann. Es bleibt abzuwarten, ob die Bestimmungen über Gliederung, Wahlordnung und Arbeitsverfahren sich als zweckmäßig erweisen werden. Erfahrungen müssen gesammelt werden. Sie sollen bei der Bearbeitung der Bestimmungen für die endgültige Heereskammer, die auf der Grundlage des Reichswehrgesetzes gebildet wird, Berücksichtigung finden.

Die dem Chef der Heeresleitung unterstellt Heereskammer soll diesen beraten und Gutachterinstanz sein. Das ist ihre wesentliche Charaktereigenschaft, die ihrer ganzen Arbeit den Stempel aufdrückt. Dementsprechend umfaßt das Arbeitsgebiet der Kammer die Mitarbeit an den Gesetzesvorlagen, die sich auf die Wehrmacht beziehen und die Begutachtung von Wünschen und Anregungen der Wehrmacht grundsätzlicher Art. Wo einerseits die Heranziehung zur Mitarbeit von der Zentralstelle aus und andererseits die befürchtende Anregung der Zentralstelle aus dem Heere heraus. Während so dem Heere die Gewissheit gegeben wird, daß eine von ihrem Vertrauen getragene Körperschaft seine Interessen vertritt, wird außerdem die Stellung des Chefs der Heeresleitung und des Ministers gegenüber der Volksvertretung infosfern gestärkt, als Gesetzesvorlagen nunmehr als Wissenskundgebung des gesamten Heeres vertreten werden können. Außerdem wird das bisherige Misstrauen des Heeres schwächen, wenn die Mitglieder der Ausschüsse der Kammer in vertrauensvoller Mitarbeit mit dem Ministerium die großen leitenden

Gesichtspunkte und auch die Schwierigkeiten, unter denen das Ministerium arbeitet, kennen lernen.

Die Mitglieder der Kammer werden in geheimer Wahl gewählt. Man mußte sich den heutigen Verhältnissen anpassen und entsprechende Bestimmungen für das Wahlverfahren geben. Die Berufsvereinigung der aktiven Offiziere des Deutschen Offizierbundes hat sich gegen die Wahl ausgesprochen. Sie verlangte Bestimmung der Mitglieder durch die Berufsvereinigung. Im Falle der Zustimmung hätte dem Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten das gleiche Zugeständnis gemacht werden müssen. Es hätte sich dann folgendes Bild ergeben: Ein Teil der Kammermitglieder wird durch den Deutschen Offizierbund und den Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten bestimmt. Die in den Fachgruppen der beiden Bünde nicht zusammengeschlossenen Minderheiten haben keine Vertretung. Die Mannschaftsmitglieder werden von ihren Vertrauensleuten gewählt. Es liegt auf der Hand, daß die derart gebildete Kammer weder das Vertrauen des Heeres noch das des Ministeriums, das mit ihm arbeiten soll, genießen kann.

Besonderer Erörterung bedarf die Frage, ob die Mitglieder der Kammer von allen Soldaten zu wählen sind, also der Offizier auch von Unteroffizier und Mann, und umgekehrt. Die Überlegungen haben zu folgendem Ergebnis geführt: Das Vertrauensverhältnis zwischen Offizier, Unteroffizier und Mann ist wieder hergestellt. So weit noch von mangelnden gegenseitigen Vertrauen getrennt wird, handelt es sich vielfach um Schlagworte. Mit Rücksicht hierauf wird das technisch einfachste Verfahren gewählt: die einzelnen Kategorien wählen ihre Vertreter in der Erwartung, daß die Offiziere zu den Unteroffizieren und Mannschaften, und umgekehrt, sowie daß der Chef der Heeresleitung und der Minister zu der so gewählten Kammer das erforderliche Vertrauen besitzen.

Es steht zu erwarten, daß die Zusammensetzung und Gliederung der Kammer einer recht eingehenden Kritik unterzogen werden wird. Hierzu möge vorweg bemerkt werden: Die Kammer ist eine vorläufige; also ist die Verwaltung der Maßnahmen abzuwarten und sind Erfahrungen zu sammeln.

Um den beabsichtigten Charakter der Kammer, eine Vertretung der Truppe zu bilden, unbedingt zu wahren, ist bestimmt worden, nur Frontunteroffiziere und keine in Schreiberstellen tätigen Unteroffiziere und Mannschaften wählbar sind. Die Truppe soll vertreten sein und nicht die Stäbe.

Die Kammer gliedert sich in Ausschüsse. Es sollen bestehen: 6 Sonderausschüsse, je einer für Angelegenheiten der Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere, Heerwehr- und Zeugoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. In diesen Sonderausschüssen sitzen alle Mitglieder der einzelnen Dienstgrade; in ihnen wird voraussichtlich im wesentlichen die aus der Truppe herauftreffende Arbeit geleistet werden. Anders ist es mit dem Hauptausschuß. Er wird die das

Heer in seiner Gesamtheit berührenden Fragen und entsprechend vor allem Gesetzesvorlagen bearbeiten. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Arbeitsgebietes kommt es nicht auf die mögliche zahlreiche Vertretung aller Dienstgrade in diesem Ausschluß an, sondern in erster Linie auf die Vertretung der Dienstfahrt. Diese Niederlegung hat dazu geführt, daß der Hauptausschuß aus allen Offizieren und der Hälften der Unteroffiziere. Außerdem treten soviel Mannschaften hinzu, daß die Stimmenzahl der Offiziere gleich der der Unteroffiziere und Mannschaften ist. — Die Beamtenschaft hat auf die Bildung eines besonderen Beamtenausschusses verzichtet mit Rücksicht auf ihre bereits geplante gesetzliche Vertretung, deren Stelle zurzeit der Beamtenehrat einnimmt.

Die Wahlen zur Heereskammer haben in der Zeit vom 1. bis 10. Juli stattzufinden. Die in Betracht kommenden Verordnungen sind im Heeresgesetzblatt vom 12. Juni veröffentlicht.

Die Bildung der neuen Reichsregierung.

Weitere Verhandlungen

Dr. Trimborn.

Berlin, 15. Juni. Die Entscheidung darüber, welche Gruppe das neue Reichskabinett bildet, scheint nahe bevorzustehen. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß es nur noch eine Wahl zwischen zwei Kombinationen gibt: entweder ein Kabinett der Mitte, bestehend aus Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten, oder ein Kabinett der alten Koalition, zusammengesetzt aus Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten.

Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und vor allem das Zentrum hielten heute vormittag längere Fraktionssitzungen ab. In der Deutschnationalen Volkspartei wurde wiederum die Bereitschaft einer positiven Mitarbeit an der Koalitionsregierung ausgesprochen. Nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten, die sich um Dr. Helferich schart, nimmt eine völlig ablehnende Haltung ein. In der Zentrumssitzung, an der der Parteivorsitzende teilnahm, erstattete zunächst Dr. Trimborn den Bericht über seine Bemühungen, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie einerseits und mit der Deutschen Volkspartei andererseits zur Bildung einer Koalition zustande zu bringen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei, an die sich Dr. Trimborn an zweiter Stelle wandte, erklärten sich bereit, sowohl in eine Koalition mit der Sozialdemokratie als auch ohne Sozialdemokratie einzutreten. Im Verlaufe des gestrigen Tages hat Dr. Trimborn auch mit verschiedenen demokratischen Abgeordneten Fühlung genommen. Die eigentlichen offiziellen Verhandlungen sind aber erst auf heute nachmittag angesetzt worden. Die Befreiung in der heutigen Zentrumssitzung diente einer Erörterung aller in Frage kommenden Möglichkeiten zur Bildung eines Kabinetts. Für

eine **h**ü**g**erlic**h**e **St**o**ck**li**o**n, die von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten reicht, war keine **S**timmung vorhanden.

Immer wieder erklärten die einzelnen Redner, daß man unter allen Umständen mit der Sozialdemokratie zu einem Einvernehmen kommen müsse, da eine Regierung gegen die Sozialisten heute in Deutschland nicht mehr möglich sei. Dr. Trimborn wird, wenn er auch noch mit den Demokraten verhandelt hat, wahrscheinlich aber mal versuchen, sich an die Sozialisten zu wenden. Mit den Deutschnationalen aber und mit den Unabhängigen dürfte er offiziell sich nicht ins Einvernehmen setzen, weil diese Parteien nach Ansicht des Zentrums für eine Koalitionsbildung nicht in Frage kommen. Die **B**ayerische **V**olks**p**artei nimmt dem Zentrum gegenüber eine durchaus loyale Haltung ein.

Der „**Vorwärts**“ berichtet, Abg. Dr. T. imboru setzte im Verlaufe des heutigen Bemittags seine Bemühungen, eine Regierung zu finden, fort. Er verhandelte wiederum zuerst mit den Genossen Herrmann Müller und Löbke, die ihm ausführten, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalition regierung unmöglich sei, und daß auch sein Wunsch, die sozialistische Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Ansicht hat, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten der sozialistischen Partei zu der neuen Regierung werde von dieser abhängen.

Die Bedingungen der Deutsch-Demokraten.

Berlin, 15. Juni. Der Führer der Deutsch-Demokratischen Partei, Abgeordneter Senator Dr. Petersen, überreichte heute nachmittag dem vom Reichspräsidenten mit der Kabinettbildung beauftragten Zentrumsabgeordneten Dr. Trimborn eine Erklärung über die Voraussetzungen, unter denen sich die Deutsch-Demokratische Partei an der Kabinettbildung beteiligen will.

Darin wird auf Artikel 53 der deutschen Reichsverfassung hingewiesen, nach dem der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister ernannt, und ein Abweichen von diesem Wege für verhängnisvoll angesehen, da es ausgeschlossen erscheine, daß die Parteien sich bereit erklären würden, eine Koalition zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen. Die Demokratische Partei erkläre sich sachlich und positiv bereit, in einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm eine Gewähr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau gebe. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms werden dann in der Erklärung unter anderem folgende Punkte bezeichnet:

Vorbehaltlose, unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung.

Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation.

Bekämpfung der Klassenherrschaft.

Ablehnung jeden Klassen- und Rassenhasses.

Besetzung der Amtsernen ohne parteipolitische Rücksichtnahme mit Personen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, die aber gleichzeitig das Amt auszufüllen geeignet sind.

Stimmen der Presse zur Erklärung Dr. Petersens.

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtber.) Zur Erklärung des Vorsitzenden der Demokratischen Partei, in welcher die Bereitschaft der letzteren erklärt wird, an der Bildung eines Kabinetts teilzunehmen ohne vorherige Bildung einer Parteikoalition, sagt der „**Vorwärts**“: Die Erklärung ist nicht ablehnend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht weiter gekommen. Man erhofft vom heutigen Tage eine Klärung.

Das „**Berliner Tageblatt**“ sieht in ihr die erste Stufe, bestimmt, von staatsmännischer Seite gegenende Rundgebung, die seit Bestehen der Kriege von einer leitenden politischen Stelle in die Deutschenheit hinausging.

Die „**Börsische Zeitung**“ meint, daß der Erklärung ohne Zweifel die weitesten Kreise zustimmen werden. Sie ruhe auf dem einzigen richtigen Standpunkt, daß es Sache des vom Reichspräsidenten berufenen Kanzlers sein müsse, auf Grund eines sachlichen Programms sich die geeigneten Mitarbeiter zu suchen. Die selbstverständliche Voraussetzung sei das Vertrittnis zu der Verfassungsgrundlage des Staatswesens, zu einer Politik des Aufbaues und zur Versöhnung.

Dem „**Volksanzeiger**“ zufolge hat sich die Lage etwas geklärt. Zur Erklärung Dr. Petersens wird

die Partei von angeblich verantwortlicher Volkspartei-Sicher Seite mitgeteilt, daß das, was Petersen ausführt, von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise gefordert wurde. Wenn man die Erklärung lese, habe man die Empfindung, daß auf die Reichskanzlerschaft hingearbeitet werde. Die Deutsche Volkspartei könne aber unter keinen Umständen dulden, daß die kleinste Partei im Reichstage den Kanzler stelle. Über die Kanzlerschaft eines Zentrumsmannes lasse sich reden. Das Zentrum sei die stärkste bürgerliche Partei, stehe in der Mitte und habe ein Recht, die Kanzlerschaft für sich in Anspruch zu nehmen. Mit der Person Fehrenbachs sei die Deutsche Volkspartei einverstanden.

Die Aussprache des Zentrums.

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtber.) Die Aussprache des Zentrums, die gestern vormittag stattfand, wurde der „**Germania**“ zufolge noch nicht beendet. Sie soll heute nachmittag fortgesetzt werden. Das Zentrumsblatt meint, alles sei noch vollkommen in der Schweben. Auch die Deutsche Volkspartei hätte den Versuch machen können, dem sich jetzt Herr Trimborn unterziehe, eine Regierung ohne Sozialdemokratie zu bringen. Nur das Zentrum mache von dem Partei-Egoismus der Stunde wieder eine ähnliche Ausnahme. Herr Trimborn erfülle eine Pflicht, die in erster Linie der siegreichen Opposition auf der Rechten auferlegt werden müsse.

Graf Brockdorff-Rauhau als Außenminister.

Berlin, 15. Juni. Die Anwesenheit Brockdorff-Rauhau und Kühlmanns hat, wie die „**Nationalzeitung**“ erfaßt, wenigstens was Herrn von Kühlmann anbelangt, nichts mit der Kriege zu tun, wenn auch eine Kandidatur Brockdorff-Rauhau als Außenminister in den Kreisen der Mehrheitssozialdemokraten und Demokraten stark befürwortet werden dürfte. Auch die Deutsche Volkspartei gedenkt einer Ernennung Brockdorffs zu den prinzipiellen Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Die Vertretung der preußischen Provinzen im Reichsrat.

Berlin, 15. Juni. Der Verfassungsausschuss der Preußischen Landesversammlung trat heute vormittag zusammen und beriet den Gesetzentwurf über die Vertretung der preußischen Provinzen im Reichsrat.

Vor Eintritt in die Versammlung stellte der Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) den Antrag, mit Rücksicht auf das Ergebnis der Reichstagswahlen nicht in die Beratung der Verfassung einzutreten, sondern die Auflösung der Landesversammlung herbeizuführen. Der Antrag wurde ohne Debatte gegen die Stimme Dr. Rosenfelds abgelehnt.

Bei der Beratung des Gesetzes stellte sich heraus, daß der ursprüngliche Entwurf nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Die Zahl der Vertreter Preußens im Reichsrat ist durch Zusammenschluß der thüringischen Staaten auf 22 gesunken. Wenn nach Artikel 63 der Reichsverfassung die Hälfte dieser Stimmen den Vertretern der einzelnen Provinzen zufällt, könnte nicht mehr jede preußische Provinz einen Vertreter erhalten, sondern es müßten mehrere Provinzen zusammengefaßt werden. Außerdem wurde gestellt gemacht, daß die Stimmen der Provinzvertreter und die preußischen Staatsstimmen sich gegenseitig aufheben. Ferner würden in den Provinzen große Minderheiten unberechtigt bleiben, so daß die Provinzvertreter im Reichsrat nur sehr unvollkommen die wirkliche Stimmung der Provinzbevölkerung wiedergeben könnten. Aus diesem Grunde beschloß der Verfassungsausschuss die Staatsregierung aufzufordern, bei der Staatsregierung und beim Reichstag eine Fristverlängerung bis zum 1. August 1920 laufende Frist für die Verabschiedung des Gesetzes nachzusuchen und auf eine Änderung der Artikel 61, 63 und 168 der Verfassung hinzuwirken.

Die Fristverlängerung wurde einstimmig, die Forderung nach Verfassungsänderung mit allen Stimmen gegen sechs des Zentrums und des Demokraten Preuß gefordert.

Zum Schlus entspann sich nochmals eine Auseinandersetzung über die Rückwirkung des Ausfalls der Reichstagswahlen auf die Landesversammlung. Der Abg. Dr. Fiebberg gab die Erklärung ab, daß er persönlich ausnahmsweise für die Verfassung der Landesversammlung eintreten werde. Gegentärtig sei aber dazu eine dringende Veranlassung nicht gegeben. Ebenso trat der Abg. Heilmann (Soz.) dafür ein, daß man den Versuch machen wolle, die Verfassung noch zu verabschieden. Demgemäß wurde beschlossen, morgen mit der Beratung der Verfassung zu beginnen.

Lohnhöhungen im Ruhrgebiet.

Essen, 15. Juni. Der am 21. Mai für das Ruhrgebiet vereinbarte Tarifvertrag wurde heute zwischen Vertretern der Arbeitnehmerverbände und Vertretern des Betriebsverbandes endgültig abgeschlossen. Die Bergarbeiter erhalten eine Lohnhöhung von 6 Mark, von der 1,50 Mark von der Belehrung gezahlt und 4,50 Mark vom Reich übernommen werden. Die Angestellten erhalten einen Reichszuschuß in gleicher Weise wie die Arbeiter. Außerdem bekommen sie eine der Lohnhöhung entsprechende Gehaltsaufbesserung. Durch diese Regelung wird eine Erhöhung der Kohlenpreise vermieden.

Politische Justiz.

Berlin, 15. Juni. Der „**Königsberger Volkszeitung**“ ist über Elbing vom einem Flüchtlings eine Aufsehen erregende Nachricht übermittelt worden, die auch von politischen Blättern bestätigt wird. Am 3. Mai hatten in Gründung die sozialistischen Parteien **Palatinate** angeheftet, die gegen ein weiteres Verbleiben der Polen in Westpreußen protestierten. Daraufhin wurden in der Zeit vom 3. bis 17. Mai Angehörige der U. S. S. R. verhaftet, nach Thora überführt, dort durch Standgericht verurteilt und am 25. erschossen. Unter den Erschossenen befindet sich auch ein Mehrheitssozialist.

Englische und australische Lebensmittel für Deutschland.

Köln, 15. Juni. Die „**Times**“ wußte dieser Lage von besonders geheimnisvollen Verhandlungen zu berichten, die von Geheimrat Merz aus dem Berliner Reichsernährungsministerium in London geführt worden sein sollten. Wie die „**Kölnische Zeitung**“ von Berliner unterrichteten Persönlichkeiten hört, muß bei dieser „**Times**“-Meldung eine Verneinung zweier von einander ganz unabhängiger Vorgänge vorliegen. Von allen Dingen wurde bei den Verhandlungen des Geheimrats Merz in keiner Weise von Verlassung irgendwelchen Schiffraumes gesprochen. Die Verhandlungen darüber wurden ausschließlich von der unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. Seeliger in London befindlichen deutschen Schiffahrtsdelegation geführt. Geheimrat Merz verhandelte nur über Ernährungsfragen. Es wurde auch das Abkommen getroffen, daß uns 9500 Zentner Weizen mehr gegen Bezahlung geliefert werden sollen. Schriftlich werden aber z. B. zwischen London und Berlin noch Verhandlungen über ein Angebot weiterer Getreidelieferungen geführt und zwar unter der Bedingung, daß wir australische Sammelletsch und australischen Speck gegen entsprechende Bezahlung abnehmen.

Die Alliierten verlassen Flensburg.

Flensburg, 15. Juni. Die englischen Truppen haben heute morgen Flensburg verlassen. Sie gehen nach Copenhagen. Die französischen Besatzungsstruppen werden morgen nach Mecklenburg befördert.

Wie die Generaldirektion der dänischen Staatsseisenbahn bekannt gibt, kann die dänische Übernahme der Eisenbahnen in der ersten Zone wegen formeller Schwierigkeiten nicht am 15. Juni, wie geplant war, stattfinden.

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtber.) Die Freude über die Wiedervereinigung Flensburgs mit dem deutschen Vaterlande werde, wie verschiedene Blätter berichten, einen beredtsamen Ausdruck finden. Ein feierlicher Empfang der am Donnerstag einziehenden deutschen Truppen ist vorgesehen. Der am Mittwoch hierzu eingetretende Reichsminister Röster u. der preußische Minister des Innern, Seberring, werden in Glücksburg Wohnung nehmen. Der feierliche Begrüßung der Truppen geht ein feierlicher Gottesdienst in allen Kirchen voraus.

Für unser Deutschland.

Das deutsche Volk ringt nach dem Kriege schwer um seine Gegenwart und um seine Zukunft. Einzelne Volksstämme kämpfen um ihre Heimat. Die Not der Zeit aber hat zu Zusammenschlüssen geführt, die

Waldenburger Zeitung

Nr. 138.

Mittwoch, den 16. Juni 1920

Beiblatt

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 16. Juni 1920.

Die Erhöhung der Schlachtvieh- und Fleischpreise.

Von Schlachthofdirektor Dr. Großer.

Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 4. Juni 1920 sind mit Wirkung vom 7. Juni 1920 die Schlachtviehpreise wesentlich, und zwar ungefähr um 5 Dreiachtel erhöht worden, die bislang zu den Grundpreisen gezahlten Häutezuschläge aber gänzlich im Wegfall gekommen.

Es ist anzunehmen, daß die neuen Preise nach Beratung mit den in Frage kommenden Sachverständigen hauptsächlich der Landwirtschaft festgelegt wurden sind, um einen Ausgleich gegenüber den gestiegenen Produktionskosten zu schaffen. Dabei wäre es im Interesse einer guten Fleischversorgung wünschenswert, wenn Kinder der Klasse C so wenig wie möglich zur Abreise gelangten, sondern erst aufgezügelt würden, um dann nach der nächst höheren Klasse bewertet werden zu können. Diese Schlachtstiere bleibent nämlich nicht nur hauptsächlich der Schlachtausbeute wesentlich unter dem Durchschnitt, auch das Verhältnis von Knochen zu Fleisch ist stark zu Ungunsten des Letzteren beeinflußt. Zudem ist nicht außer acht zu lassen, daß die Qualität des Fleisches weitestens infolge wässriger Beifassigkeit beträchtlich gering ist, daß es für die Ausgabe an die Bevölkerung nicht in Frage kommt, sondern zur Wurstfabrikation Verwendung finden kann.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist diese Forderung ebenfalls zu unterstützen. Bei der ausgezeichneten Butterernte in diesem Jahre muß das Bestreben der Landwirte in erster Linie dahin gehen, Qualitätsware zu schaffen und von dem mittlerwertigen Vieh nur das abzufiltern, welches infolge älterer oder schlechterer Krankheiten die Futtermittel schlecht oder gar nicht vertragen und sich infolgedessen für die Mast nicht mehr eignet. Damit würde nicht nur der gesamte Viehbestand durch Herausnahme von Schlachtstieren prozentual weniger Anspruch nehmen, auch der Konsumant würde diejenige Qualitätsware zugeteilt erhalten, welche er entsprechend den hohen Preisen zu fordern berechtigt ist.

Sehr zu begrüßen ist die Aufhebung der Häutezulage, da wohl keine Maßnahmen größere Veränderung bei allen dabei im Betracht kommenden Stellen hervorgerufen hat. Es war unbedingt ein Fehler, in dieser Beziehung mit variablen Größen zu operieren, ohne klare und stabile Verhältnisse in der Preisbildung zu schaffen. Soll die Preisfreudigkeit des Produzenten erhöht werden, so muß er wissen, was er für seine Schlachtstiere erhält. Er darf unter keinen Umständen von der Spekulation auf dem Häutemarkt abhängig gemacht werden. Solange die Häutepreise, sehr zum Nachteil der gesamten Bevölkerung, ins Ungemessene steigen, waren schließlich die Verhältnisse auf dem Schlachtviehmarkt enträglich. Der Landwirt erhält von Monat zu Monat höhere Häutezuschläge, welche nach den Auktionspreisen der Häute errechnet wurden, infolgedessen bestand bei ihm eine gewisse Preisfreudigkeit. In dem Augenblick aber, wo der starke Preissturz einsetzte (die Häute verloren 600 % und darüber), mußten auch die Zuschläge herabgesetzt werden, so daß der Landwirt plötzlich 50 bis 70 M. weniger je Rentner Lebendgewicht erhielt als vor Monaten. Selbstverständlich erlöste das nicht nur die Produktionsfreudigkeit, sondern trieb den Produzenten in die Arme des Schlechthandels. Gerade wir im Waldenburger Kreise, nächst Breslau der größte Verdurstkreis Mittelschlachtens, haben erfahrtan müssen, wie die Frischfleischversorgung in den letzten Wochen gänzlich unterbrochen war, weil die notwendigen Viehmenzen nicht abgeliefert wurden. Dabei möchte ich nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß der hiesige Kreisbauernverband seit Monaten dar auf hingearbeitet hat, eine zweckentsprechende Regelung der Viehpreise bei den in Betracht kommenden Behörden zu erreichen und daß von der Unzufriedenheit der bestehenden Verhältnisse nicht allein die Landwirtschaft, sondern auch die Arbeiterschaft überzeugt war. Die hohen Löhne, die teuren Dingenmittel und landwirtschaftlichen Maschinen, sowie die hohen Preise der übrigen gewöhnlichen Gebrauchsgegenstände standen in keinem Verhältnis mehr zu den niedrigen Schlachtviehpreisen des Vorjahres. Dazu kam noch, daß das Rupzvieh, für welches Höchstpreise nicht festgesetzt sind, von Monat zu Monat immer höher bewertet wurde und sich ein so starkes Misverhältnis herausbildete, daß ein gutes Maßnahmen den Wert von 2—3 guten Schlachtrindern hatte.

Mit der Neufestsetzung der Schlachtviehpreise ist naturgemäß eine Erhöhung der Frischfleischpreise verbunden, sodass 1 Pfund Fleisch von nun auf ungefähr 9—10 M. kommen würde. Die Veränderung ist gewiß sehr hoch und dürfte in vielen Kreisen eine gewisse Unruhe auslösen. Es fragt sich nun, ob wirklich ein Anlaß zur Unzufriedenheit vorliegt. Ich möchte das entschieden in Abrede stellen. Wie war denn die Fleischversorgung in den letzten Wochen? Infolge der bereits angegebenen Gründe kostete die Frischfleischversorgung vollkommen. Es

könnten nur Auslandswaren (Gefrierfleisch oder Corned-Beef) zu hohen Preisen zur Ausgabe gelangen. Abgesehen von der geringen Verwendbarkeit dieser Fleischwaren liegen dieselben oft zu wünschen übrig, was zum Teil in der Qualität, zum Teil in der Eigennatur des Gefrierfleisches überhaupt, sobald es einen langen Transport von der Fleischstelle zum Verbraucher durchzumachen hatte, begründet war.

W. G. dürfte es jedem Konsumenten lieber sein, für dasselbe Geld und vielleicht noch etwas billiger wenigstens alle 14 Tage Frischfleisch zu erhalten als Auslandswaren. Bei der Gelegenheit soll auch noch auf das große Missverständnis hingewiesen werden, welches bislang in der Preisbildung für Frischfleisch gegenüber andern rationierten Lebensmitteln bestanden. Wenn für Bohnen 3—4 M. je Pfund, für Reis 6,50—8,50 je Pfund, für 1 Ei 1,50 M. gezahlt werden müßte, so dürfte es jedem verständlich sein, daß der angezeigte Preis für Frischfleisch — 3 M. je Pfund — viel zu niedrig bemessen war. Zweifelsohne hat hier die Preisbildung mit der aller übrigen Nahrungsmittel nicht Schritt gehalten, sondern ist weit zurückgeblieben. Wenn jetzt plötzlich eine beträchtliche Erhöhung der Preise kommt, so sind die Stellen von Schuld nicht freizusprechen, welche bislang von einer vernünftigen Preisbildung nichts wissen wollten und sich gegen die geringste Erhöhung wehrten. Sie tragen aber auch mit Schuld daran, daß auf dem Gebiete der Fleischwirtschaft der Schlechthandel zu höchster Blüte gelangte, weil der Landwirt zwangen, unter den eigenen Produktionskosten das Vieh herzugeben, sodass derselbe trotz hoher Strafe in die Arme des Schlechthandels getrieben wurde.

Noch der neuen Regelung liegen die Verhältnisse grundsätzlich anders. Mit den nunmehr festgesetzten Preisen kann jeder Landwirt auf Frieden sein. Sie sichern ihm neben den Produktionskosten einen angemessenen Gewinn für seine ausgewanderte Blüte. Damit ist ihm aber auch die Verpflichtung aufgelegt, unter Berücksichtigung der außerordentlich günstigen Butterernte, nicht nur viel Schlachtvieh zu produzieren, sondern derselbe auch lediglich zur Allgemeinversorgung zur Verfügung zu stellen.

Die Viehbestände haben sich gegen die des Vorjahrs nicht verringert, sondern vermehrt. Heute liegt es an der Landwirtschaft, zu beweisen, daß sie das einflußreichste Bestreben hat, die Fleischversorgung im künftigen Jahre nicht nur sicherzustellen, sondern wesentlich zu verbessern.

Gesangsaufführung zum Besten der Waldheimstätten.

Die Errichtung der Waldheime für jungengefährdete Kinder ist nach Überwindung vieler Schwierigkeiten bald ihrer Verwirklichung nahe. Die den Gemeinden dadurch erwachsende finanzielle Belastung ist bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen eine sehr erhebliche. Deshalb war der aus dem Kreislehrerrat herausgebildete Hauptausschuss von vornherein darauf bedacht, das Werk zu einem großen Liebeswerk zu stempen, um der Allgemeinheit Gelegenheit zu geben, sich an demselben durch finanzielle Opfer zu beteiligen. Erfreulicherweise sind ja schon von verschiedenen Seiten, Privaten, Vereinen und Gewerkschaften zum Teil erhebliche Beihilfen überwiesen worden. Jetzt, da die Baracken aufgebaut sind, gilt es vor allem, die Inneneinrichtung zu beschaffen und hierbei die Gemeinden nach Möglichkeit zu entlasten.

Um weitere Mittel zu erzielen, ist auf Anregung des Kreisschulinspektors Schulrat Hüttemann die Lehrerschaft einig geworden nach dem Beispiel der Gesangsaufführung für die U-Bootspende Gesangsaufführungen großen Stils für die Waldheimstätten zu veranstalten, und zwar soll dies bezirkweise geschehen. Für den Bezirk Salzbrunn, umfassend die Gemeinden Adelsbach, Konradskal, Neu Salzbrunn, Ober Salzbrunn, Sandberg und Weißstein, findet eine solche Veranstaltung am Sonntag, den 4. Juli auf der Kurpromenade in Bad Salzbrunn statt und machen wir jetzt schon darauf aufmerksam. Dadurch, daß die Fürstliche Brunnenverwaltung sich mit zur Trägerin des Unternehmens gemacht hat, indem sie nicht nur ihre Anlagen dafür zur Verfügung stellt, sondern im Interesse der großen Bedeutung des Unternehmens sämtliche Einnahmen aus den Eintrittsgeldern an diesem Tage vollständig für die Waldheimstätten zur Verfügung stellt, ist mit einem schönen Erfolg zu rechnen. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Sie liegen in den Händen des Arbeitsausschusses, der aus Lehrer Friederich, Rektor Weier, Lehrer Hartwig und Fürstl. Sekretär Begehr besteht.

Näheres über die großzügig geplante Veranstaltung ist aus den späteren Inseraten zu ersehen.

Provinzialtag der Schlesischen Frauenverbände.

Unter starker Beteiligung aus allen Teilen der Provinz trat am Sonntag in Schleiden die 16. Hauptversammlung des Schlesischen Frauenverbands zusammen. Die Tagung wurde eingeleitet mit der am Sonnabend vormittag erfolgten Eröffnung einer reich beschickten Ausstellung deutscher Frauenkleidung und kunstgewerblicher Gegenstände, die eindrucksvoll der schlicht gehaltenen deutschen Mode Bahnhof bricht im Vergleich zu den Auswüchsen französischer und der Geschmacklosigkeit englischer Modelle. In den Vordergrund gerückt ist hierbei der Haussleiß und die Anregung zur Kleiderbeschaffung aus abgelegten Sachen. Aber auch erste Modehäuser beteiligten sich an der Ausstellung in hervorragender Weise, desgleichen u. a. die Spitzenschule der Fürstin von Pleß in Hirschberg. — Die erste Mitgliederversammlung trat Sonnabend nachmittags unter Leitung der neuen Verbandsvorsitzenden, Frau Anna Fritze (Steinau a. O.), zusammen. Der erste Verhandlungstag stand im Zeichen der Förderung des Fortbildungsschulwesens für Frauen und Mädchen, für dessen obligatorische Einführung die erste Rednerin zu diesem Thema, Oberlehrerin Nassow (Schweidnitz), entschieden eintrat. Diesem Vortrag gliederte sich an ein weiterer von Frau Gräfin Schäferling (Camerau) über "Die Berufsausbildung der Landmädchen und Landfrauen", in welchem sie den Gedanken des Fortbildungsschulwesens auf dem Lande vertrat. Abends fand im Logensaale ein stark besuchter öffentlicher Vortrag über "Frauenkleidung und Frauensultur" statt, den unter scharfer Geiselung der Auswüchse Frau Justizrat Beleverode aus Breslau hielt.

Am Montag fand die Delegiertenversammlung statt. Nach Erstattung des Jahresberichts wurde der Frage des Zusammenschlusses der Schlesischen Frauenausschüsse aller Parteien zur gemeinsamen Interessentvertretung näher getreten, wie ein solcher Zusammenschluß bereits in Liegnitz besteht. Von demokratischer Seite wurde hierzu ausgeführt, daß ein solcher Zusammenschluß zu wünschen sei und auch die Sozialdemokratie hinzugezogen werden könnte. Es wurde ein Antrag angenommen, sich an die Frauenausschüsse aller Parteien mit der Aufforderung zu wenden, sich der Arbeit des Verbandes Schlesischer Frauenvereine anzuschließen. Bei Erstattung des Kassenberichts erörterte der Verbandstag die Notwendigkeit der Erhöhung der Verbandsbeiträge, doch soll ein Beschluss hierüber erst bei der nächsten Hauptversammlung gefaßt werden. Ein Antrag der Ortsgruppe Breslau des Deutschen Bundes abstinenter Frauen trat dafür ein, daß alle dem Schlesischen Frauenverband angegeschlossenen Frauenvereine bei ihren Polizeibehörden den Antrag stellen sollen auf Veröffentlichung aller Schankkonkurrenzgesuche in der Tagespresse; der von Frau Otti Bühl (Breslau) eingehend begründete Antrag wurde einstimmig angenommen. — Der Verein Frauenhilfe in Hirschberg hatte folgenden Antrag eingereicht: Der Verband müsse beschließen, daß sich die verbündeten Vereine bei den maßgebenden Stellen dafür einsetzen, daß ein Gesetz die ärztliche Untersuchung beider Geschlechter vor der Eheschließung vorschreibt. Dieser Antrag über welchen Frau Murrmann (Hirschberg) berichtet, wurde dem Bunde Deutscher Frauenvereine zur weiteren Behandlung übermittelt. — Es folgte noch eine längere Aussprache über die Arbeitstätigkeit im den Vereinen. Der Nachmittag des zweiten Tages brachte noch verschiedene Vorträge zur Frauenfrage. Es sprach zunächst die Oberlehrerin Dr. Hennig (Krummhübel) über Frauenberufe und Frauenarbeit und hierauf die Leiterin der sozialen Frauenschule in Breslau, Dr. Dittich, über soziale Frauenschulen.

Abends folgte noch ein öffentlicher Vortrag über "Die Frau in den Parlamenten", zu welchem das Mitglied der Nationalversammlung Frau Mendel-Böller (Berlin) sprach. Als Abschluß der Tagung unternahmen die Teilnehmer am Montag einen Ausflug in das Weisstrital.

* **Polizeistunde.** Gegenüber Anträgen auf Verlängerung der Polizeistunde über $1\frac{1}{2}$ Uhr hinaus weist der Herr Regierungspräsident darauf hin, daß die Polizeistunde bei anerkanntem besonderen Bedürfnis bis höchstens $1\frac{1}{2}$ Uhr abends verlängert werden darf und daß er nicht befugt ist von dieser Vorschrift Ausnahmen einzulassen. Gesuche um Verlängerung bis $1\frac{1}{2}$ Uhr sind mit entsprechender Begründung der Ortspolizeibehörde zur Stellungnahme und Weitergabe an den Herrn Landrat einzureichen. Gesuche über $1\frac{1}{2}$ Uhr abends werden von der Polizeibehörde ohne weiteres ablehrend bezeichnet.

* **Schlesische Fürsorgeanstalt.** Die Hauptstelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für Schlesien hatte die Leiter der Fürsorgestellen von 12 Schlesischen Kreisen lärmlich wieder zu einer Zusammenkunft eingeladen, die diesmal in Hirschberg (Stadtverordneten-Sitzungssaal) stattfand. Den Anfang der Konferenz bildete ein eingehender Vortrag des Leiters des Landeshauptamtes, Professor Dr. Wallachow, über die Organisation und praktische Tätigkeit der Fürsorgestellen, sowie über ihre gesetzlichen Grundlagen, zu denen besonders das neue Fürsorgeverordnungsgebot gehört. Sodann sprach der Vorsteher, Landesrat Göttsche, die vom Reichsaußenamt der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge beauftragten Zuständigkeits-Gründätze, wonach das neue Fürsorgegesetz vorschreibt, wonach das Reich vier Fünftel des geplanten Kostenaufwandes den Fürsorgestellen erstattet. In der lebhaften Aussprache am Schluß der Zusammenkunft wurde u. a. angeregt, gegen die plannmäßige Sabotage, die einige Verbände der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auf Weisung aus einer gewissen Stadt gegen die amtlichen Fürsorgestellen verübt, gegebenenfalls mit zwingender Gewaltlosigkeit vorgezogen und die öffentliche Meinung zu mobilisieren; denn diese Versuche bilden eine Gefahr für die wohlverstandenen Interessen der Fürsorgeberechtigten, die größtenteils auch das Treiben verurteilen.

* **Schlesisches Schulenbundesfest.** Das große Schlesische Schulenbundesfest, welches nach sechsjähriger Pause wieder einmal nach dem Kriege stattfinden soll, wird nunmehr bestimmt in den Tagen vom 18. bis 22. Juli in Schneidnitz abgehalten werden, und es läßt sich für dieses ein ungemein reges Interesse in allen Teilen unserer Provinz erkennen. Aus den bereits vorliegenden Anmeldungen ist ersichtlich, daß sich wohl alle schlesischen Schülengilden dieses Festes bestens an dem Bundesfest beteiligen werden, zumal die festgebende Schneidnitzer Gilde bekanntlich die älteste Schülengilde Deutschlands ist. Das diesmalige Bundesfesteschehen erhält umso größeren Wert, als dieses Mal hiermit zugleich auch die Abhaltung des schlesischen Schulmontags in Schneidnitz verbunden ist. Dieser wird am Sonntag den 18. Juli zusammenritzen und die Verhandlungen im Schneidnitzer Schülensaal stattfinden. Auch wird mit dem Bundesfesteschehen ein großes Volksfest verbunden sein, zu welchem als Festplatz die Volksbühne bestimmt ist.

* **Berichterstattung der Landwirtschafts- und Ländler.** Ein Erlass des Reichslandwirtschaftsministeriums vom 10. Januar behandelt die Söhne und Töchter, welche in der Landwirtschaft ihrer Eltern beschäftigt sind. Der Erlass bejaht diese Berichterstattungspflicht "im allgemeinen, wenn die Söhne und Töchter ihre Arbeitskraft, durch deren anderweitige Verwendung sie sich ihren Lebensunterhalt sonst verschaffen würden, für einen Arbeitssposten zur Verfügung stellen." Gegen diesen Erlass hat der Vorstand der schlesischen Landwirtschaftsakademie leidenschaftlich Einspruch erhoben und seine Aenderung dringend verlangt.

* **Neuer Touristenweg auf dem Kamm des Jägergebirges.** Wer von den Herkauern jetzt zum "Wittighäuser" wandern will, muß den Kammweg über die Birktrahhöhe, das Heitendorf, die Tafelstiege und durch das Geotest eintragen und braucht dazu ohne Einkehr volle vier Stunden. Der deutsche und österreichische Alpenverein wollen nun einen Weg ausbauen, der von den Herkauern direkt zum Wittighaus führt und noch viele Schönheiten des Jägergebirges erschließt. Dieser neue Weg ist etwa zwei Stunden lang und würde die kürzeste Verbindung zwischen Gainsberg, Steichenberg und dem Jeschken bringen. Er wird die sogenannte "Fuchshandlantie", das Ochsenloch und das Jäger-Moor berühren, wo die Jäger die österreichische Grenze überschreiten, und führt dann an dem 940 Meter hohen "Grünen Lehnstein" vorbei, um hier in den alten Weg von der Tafelstiege her einzumünden. Der Ausbau dieses neuen Abkürzungsweges soll nach Einholung der Erlaubnis der beiderseitigen Grundherrschäften sofort in Angriff genommen werden.

* **Nichtraucherabteile 4. Klasse.** Infolge der hohen Fahrtkosten wird die 4. Wagenklasse bedeutend stärker benutzt als bisher. Dadurch macht sich auch das Bedürfnis nach einer Einrichtung und Vermehrung der Nichtraucherabteile 4. Klasse geltend. Es ist daher soeben Anweisung gegeben worden, in den Haupt- und Nebenbahnhöfen den vierten Teil der Abteile 4. Klasse, mindestens aber ein Abteil für Nichtraucher einzurichten.

Es ist hinzugefügt worden, daß das Rauchverbot in diesen Abteilen von dem Zugpersonal unbedingt durchzuführen ist.

* **Warnung vor überreiter Auswanderung.** In Hamburg treffen seit einigen Tagen größere und kleinere Trupps mittelloser Auswanderer ein, die als Freipassagiere nach Brasilien wollen. Da eine solche Schiffahrtsgelegenheit weder jetzt noch in absehbarer Zeit vorhanden ist, stehen diese Leute dort ohne Unterkunft und Beerdigungsmöglichkeit, fallen den Behörden zur Last und haben ihre Zurückbeförderung in die Heimat zu erwarten. Es kann nicht dringend genug davon gewarnt werden, nach den Hafenstädten zu reisen, bevor die Abfahrt mit den beteiligten Stellen genau vereinbart ist. In Breslau empfiehlt sich eine vorherige schriftliche Anfrage bei den behördlichen Auskunftsstellen.

1. **Gottesberg.** Kathol. Gesellenverein. Bei der gestrigen gut besuchten Versammlung des kathol. Gesellenvereins hielt der Präses, Kaplan Wipper, einen Vortrag über das Dasein Gottes, nachgewiesen aus der uns umgebenden Welt. Ferner beschloß man, nächsten Sonntag dem Bruderverein Wittgendorf einen Besuch abzustatten.

* **Dittersbach.** Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Dittersbach. Am Sonntag den 13. Juni hielt die neu gegründete Ortsgruppe Dittersbach R. V. ehem. Kriegsgefangener ihre erste Mitgliederversammlung ab. Die Beteiligung war außerordentlich zahlreich. Nachdem der 1. Vorsitzende Schröder die Mitglieder begrüßt und der Schriftführer Stehr den Gründungsbericht vorgelesen hatte, legte Kamerad Urban die Wichtigen der R. V. dar. Es wurde u. a. beschlossen: einen Monatsbeitrag von 2 Mark zu erheben, sich an die Wirtschaftsgenossenschaft der R. V. G. A. anzuschließen, ein Vergnügen im Fürsterhaus am 17. Juli und die nächste Mitgliederversammlung am 27. Juni abzuhalten.

1. **Seitenhof.** Der hiesige Kleintierzuchtverein hielt am Sonntag im Vereinslokal Langers Gathans seine Monatsversammlung ab. Es wurden drei neue Mitglieder aufgenommen. Die vom Verein bestellten und eingetroffenen Butterkühe und Rauhen gelangten zur Verteilung an die Mitglieder. Beschlossen wurde, für den kommenden Winter 30 bis 40 Zentner Heu aufzuladen, in nächster Zeit ein Preisjagd und am Sonntag den 20. Juni ein Vergnügen abzuhalten.

2. **Nieder Salzbrunn.** Kirchliches. Am Montag nachmittag fand im Konfirmandenraum des evang. Pfarrhauses eine Sitzung der Kirchlichen Körperverein statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Pastor Teller dem verstorbenen Vorsitzenden des Gemeindeliketts, Pastor prim. Gembus, einen tiefe empfundenen Nachruf. Sodann gab Pastor Teller die Namen der vom Fürsten von Pless ausgewählten Bewerber um die erste Pfarrstelle bekannt. In hintereinander folgenden Sonntagen werden die Probepredigten, welche am 20. Juni beginnen, stattfinden. Dem Glöckner Hett und dem Kirchendienner Büchel wurden Leuerungszulagen gewährt. Infolge der Wohnungsnot wurde der Frau Pastor Gembus gewährt, weiter im Pfarrhaus unter Einschränkung der Wohnräume wohnen bleiben zu können, bis sich eine passende Wohnung gefunden hat. Herner wurde beschlossen, daß Büro der Kirchenschreiberei, welches seit einigen Jahren in der Sakristei der Kirche untergebracht ist, auf Antrag in die Wohnung des Kirchenrentanten Wetz zu verlegen, da der jetzige Raum viel zu klein ist und auch sonst den Anforderungen nicht entspricht.

d. **Nieder Salzbrunn.** Der Lehrerverein Dittmannsdorf-Steinendorf hielt am Sonnabend seine zweite diesjährige Wanderversammlung hierher ab. Als Gäste durfte der Verein Mitglieder des Freiburger und Salzbrunner Lehrervereins begrüßen. Hauptlehrer Niedlich-Nieder Salzbrunn gab eingehenden Bericht über die Vertreterversammlung, die am 25. Mai in Biegnitz tagte und über die Verhandlungen des Kreis-Bezirksrates vom 11. Juni. Die nächste Wanderversammlung findet am 10. Juli in Neu Graudendorf statt.

Alles der Provinz.

Breslau. Trübe finanzielle Lage der Stadt. In der Stadtverordnetensitzung begannen die Beratungen über den städtischen Haushaltspunkt. Ein trübes Bild von den Zuständen unseres Zusammenbruches zeichnete Stadtkämmerer Matthes in seinem Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten. Die Straßenbahn, die z. B. einen Überschuss von 5 Millionen Mark bringen sollte, erfordert trotz der wiederholten Erhöhung der Fahrpreise einen Zufluß von $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Die Stadt sei vor die Frage gestellt, ob sie noch weiter in der Lage ist, diese Zusätze aus allgemeinen Mitteln zu leisten, oder aber diese Unternehmen ganz oder teilweise stillzulegen, wenn eine Wirtschaftlichkeit nicht zu erzielen ist. Neben der geringeren Arbeitslust sei eine gesteigerte Vergnügungsneigung zu bemerken, die sich darin ausdrückt, daß die Lustbarkeitssteuer statt der eingezogenen 900 000 Mark 2 800 000 Mark ausbringt. Auch die Buschlässe für das Stadttheater sind wieder erheblich gestiegen und erfordern 988 000 Mark. Infolge der schweren Finanznot der Stadt müßte sich die Bautätigkeit auf die notwendigsten Arbeiten beschränken.

Schneidnitz. Städtisches. Schwere finanzielle Sorgen kamen in der letzten Stadtverordnetensitzung zur Geltung bei der Beschlusssitzung des neuen Haushaltspunktes, der mit einem Fehlbetrag von weit über eine halbe Million abschließt, ohne daß hierfür ein Weg zur Deckung vorhanden wäre. Den Einnahmen von 4 523 000 Mark stehen Ausgaben in Höhe von 5 150 000 Mark gegenüber und es ergibt sich ein Fehlbetrag von 628 000 Mark. Als letzten Ausweg empfahl

der Magistrat eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer von fünf auf sieben pro Tausend, ferner die Erhöhung der Gewerbesteuer von 30 auf 42 Prozent und der Betriebssteuer von 85 auf 170 Prozent. Dadurch würde eine Teildeckung des Fehlbetrages um etwa 200 000 Mark erreicht werden, doch verbleibt dann immer noch ein Fehlbetrag von 427 000 Mark, über dessen Deckung aus laufenden Einnahmen Vorschläge nicht gemacht werden können. Der Antrag des Magistrats mit einem Kostenauflauf von einer halben Million Mark fürs Doppelwohnhaus aus Holz zur Behebung der Wohnungsnot zu errichten, wurde abgelehnt. Hingewiesen wurde auf die immer rascher einsetzende Preissenkung, welche in absehbarer Zeit auch eine Verbilligung auf dem Baumarkt, namentlich im Holzbau, erwarten lassen.

Warmbrunn. Kauf eines Erholungsheimes. Die Eule-Hoffmann-Werke in Breslau haben das ehemalige Erholungsheim der Firma Gebr. Barasch in Hirschdorf bei Warmbrunn von seinem jetzigen Besitzer aus Biegenhals käuflich erworben.

Striegau. Abgelehnte Vertretung des Landrats. Der kommissarische Landrat von Striegau, Daubenthaler, beabsichtigt in nächster Zeit einen mehrwöchigen Urlaub anzutreten. Er hatte mit seiner Vertretung den Kreisdeputierten, Landesältesten Dr. Schwarz (Görsdorf), beauftragt. Dieser hat jedoch die Vertretung abgelehnt.

Tauer. Hoteldiebe. Ein Diebespaar, das es auf Bettwäsche und dergl. abgelehnt hatte, logierte sich im Gasthof zum "deutschen Kaiser" ein. Nachdem das Paar am andern Morgen abgereist war, stellte es sich heraus, daß es aus dem von ihm bewohnten Zimmer sämtliche Bettwäsche, zwei mit Federn gefüllte Kopfkissen und Teppiche entwendet hatte. Von den Spitzbüben, die in der Richtung nach Berlin abgedampft sind, hat man noch keine Spur.

Biegnitz. Selbstmord durch Sturz aus dem Fenster verübte die Tochter des Stadtrats Ruppert. Der Sturz aus dem dritten Stockwerk hatte nach kurzer Zeit den Tod zur Folge. Die Ursachen zu der Tat sind unbekannt.

Baubau. Die ausgejohnten Stadtältesten. Nachdem nun die Polizeiverwaltung aus dem Zwischenraume des Stadtverordnetenbüros die Büste des früheren Kaisers Wilhelm II. entfernt hat, erschien zur gestrigen Sitzung die sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche den letzten drei Sitzungen ferngeblieben waren, wieder in voller Stärke. Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, ob es dem Magistrat bekannt sei, daß Schüler höherer Lehranstalten im Schlosschien unterrichtet würden, soll vom Magistrat in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Sprottau. Im Alter von 103 Jahren ist der älteste Einwohner des Heimatkreises, der frühere Besitzer Albert Schroeder in Großenau gestorben. Vor etwa 3 Jahren konnte er noch ziemlich wohlauftreten, auch schon an das Haus gesetzt, seinen 100. Geburtstag begehen.

Görlitz. Von einer Lokomotive in zwei Teile geschnitten wurde auf der Bittauer Strecke an der Kurve in der Nähe der Aktienbrauerei ein ungefähr 12 Jahre alter gut gekleideter Knabe, der einen einer Dame aus dem Zug gefallenen Hut suchte. Die Persönlichkeit des Verunglückten, dessen Leiche nach der Leichenhalle geschafft wurde, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Grüneberg. Merkwürdige Weingeschäfte. Wie es heißt, lagert hier noch viel Wein aus Heerestbeständen, der, wie bestimmt verlautet, für 10,50 Mark je Liter an die Weinhandelsgesellschaft verkauft worden ist. Diese Gesellschaft soll einen Teil des Weins bereits wieder für 18,50 Mark je Liter an Firmen weiter verkaufen, die wieder an andere weitergeben. Es versteht sich, daß heute noch so große Weinbestände zurückgehalten werden. Es scheint, daß es sich hier um Geschäfte handelt, die nicht einwandfrei sind, und wenn nicht wirksam eingegriffen wird, so liegt die Gefürchtung nahe, daß in diesem Falle Verluste für das Reich mit einer Nebensteuer der Käufers Hand in Hand gehen. Es ist daher erwünscht, daß die Regierung über die Geschäfte Auskunft erteilt.

Gleiwitz. Bis zur Nachtheit ausgeplündert erschien nachts vor dem Feuerwehrdepot ein Bergpraktikant aus Hindenburg. Der seines Anzuges und Ulsters, der Stiefel, einer Brieftasche mit 170 Mark, einer Uhr usw. verbraute junge Mann hatte sich so betrunken, daß er nicht anzugeben weiß, was mit ihm geschehen ist.

Benthen O.S. Denkmalschändung. Die "Oberschlesische Morgenzeitung" meldet: Donnerstag nachmittag wurden in Koszain-Schoppinig die Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs von Bubenhänen durch Dynamit beschädigt. Letzteres ist vollständig zerstört, bei letzterem wurde der Sockel gesprengt.

Büchertisch.

Gegen die Buchmacheret in Deutschland protestiert Leo Ericksen in einem ausführlichen Artikel der "Breslauer Rundschau." Er weist an der Hand tatsächlicher Beispiele nach, welche große Gefahr eine staatliche Konkurrenz des Buchmachers in der gegenwärtigen Zeit bedeuten würde. Im gleichen Heft schildert Dr. Stephan Löwe auf Grund persönlicher freundschaftlicher Beziehungen das Haus Toni und Albert Kerner. Erwald Fröhlich sieht seine Wanderungen durch das Schlesierland fort und bringt einen von ihm selbst illustrierten Artikel über die Borsigburg. Die Rennen in Breslau-Süd werden von dem sportlichen Mitarbeiter der "Breslauer Rundschau" auf ihre Chancen eingehend besprochen. Romanfortsetzung, Kritiken und Notizen, sowie die Wochenplauderei "Was die Normalwelt erzählt" vervollständigen den Inhalt der interessanten Nummer.

Wenige Monate später wußten alle beide, was das war. Denn seine Spottgedichte hörten auf, und ihr altes, unverschließbares Tagebuch wurde durch ein neues ersetzt, das ein Patent-sicherheitschloß besaß.

Lisbeths Mutter aber, die vertrüte Kanzleirätin Berger, stand eines Tages ganz aufgeregt vor dem kleinen Gartenzaun, hinter dem sie Hans auf den väterlichen Beeten pflanzen und jüten sah, und nahm sich den jungen Menschen, der mittlerweile sein Abitur gemacht hatte und in ein Bankgeschäft eingetreten war, so gehörig vor, daß er ganz klein und zerknirscht alles versprach, was die resolute Dame haben wollte.

Volle vierzehn Tage hielt er sein Wort und kümmerte sich nicht mehr um Lisbeth. Am fünfundzehnten aber wurde aus dem kurzen Gruß auf der Straße schon wieder ein fester Händedruck, ein suchendes Bitten beider Augenpaare, und nun begann die Heimlichkeit, die Fuß-selige, fördernde Heimlichkeit für junge Liebe.

Draußen über den Wiesen begann der Grunewald. Wer den hatte, brachte ja gar keinen Garten mit versteckten Läusen und dicken Fliegenbüschchen. Und der Grunewald ist so ein treuer, verschwiegener Geselle und ein so aufmerksamer Wirt für seine Gäste.

Hans und Lisbeth verlobten sich bei ihm, ohne Vater und Mutter zu fragen. Als die schließlich doch merkten, wie es um die Kinder stand, gab es große Familienberatungen, die mit richtig gedruckten Anzeigen und einer würdigen Verlobungsfeier endeten.

„Die Kinder“, sagte jeder lächelnd und lachend, wenn er diese Anzeige las. „Wann kann denn so ein junger Mensch mal ans Heiraten denken?“

Die „Kinder“ dachten auch noch gar nicht ans Heiraten. Sie waren glücklich, daß sie nun offiziell zusammengehörten. Lisbeth lernte in einer Berliner Haushaltungsschule Kochen, Schneidern und Weißnähen, und Hans hatte in seinem Bankgeschäft tüchtig zu tun, um vorwärtszukommen.

Wirklich allein war das Brautpaar höchst selten, ihre Mutter, sein Vater, die vielen jungen Geschwister auf beiden Seiten, immer fanden sich genug, die das junge Paar als „Anstandsbauwau“ mit ihrer Gegenwart beehrten.

Hans empfand es zuerst, dieses gräßliche Aufpassen.

„Weißt Du, Schatz, wenn wir mal heiraten, dann ziehen wir in den entlegensten Vorort, den es von unserem hier gibt“, begann er dann zu schwärmen.

„Ach ja . . . das wäre ein Märchen, wir zwei allein in solchem fremden, grünen Winkel, wo uns keiner mehr was zu sagen hat“, meinte sie kindlich. Und sie malten sich diese ungewohnte Selbständigkeit weiter aus, von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr, und ihre Sehnsucht

nach diesem Ziel wuchs und wuchs, ohne daß sie der Mutter was von ihren Plänen verriet.

Als der junge Bräutigam die zweite Gehaltszulage bekommen hatte, wurde nach fünfjähriger Verlobungszeit der Hochzeitstag festgesetzt.

Das erste war, daß Frau Kanzleirätin Berger auf die Wohnungssuche für „die Kinder“ ging. Sie sah es für selbstverständlich an, daß sie in der Nähe blieben, und regte sich daher sehr auf, als Hans eines Tages davon sprach, leider nicht in dem schönen Westen von Berlin wohnen zu können, weil seine neue Bankfiliale, in die er eingestellt würde, im hohen Norden lag. Er müßte darum auch in einem nördlichen Vorort wohnen, und er hätte an Pankow gedacht, wohin bequeme Verbindung mit der Elektrischen sei und wo die Wohnungen auch viel billiger wären als im Westen.

Es gab einen allgemeinen Protest von allen Familiengliedern, an dem sich nur Lisbeth nicht beteiligte. Sie nahm nur einmal leise der Mutter Hand, die durchaus nichts von einem so weiten Auseinanderwohnen wissen wollte, und sagte leise: „Wird das aber jedesmal ein Fest, wenn Ihr dann zu Besuch kommt, Mutthen.“

Da gab die Frau Kanzleirätin nach und fuhr selber mit den Kindern nach Pankow, um ein passendes Heim zu suchen.

Es war bald gefunden, lag idyllisch und nett an einem kleinen Wäldchen, und Hans und Lisbeth überboten sich an Liebe und Bärtschkeiten gegen die Mutter, daß es eine Freude war.

Aber die Mutter war nicht froh. Nun war sie schon das drittemal die lange Strecke von Bohlendorf nach Pankow gefahren, um den Kindern das Heim selber einzurichten, und ärgerte sich jedesmal von neuem, daß diese Fahrt so weit und umständlich war. Ihre ganzen Bläne waren zu Wasser geworden mit diesem schrecklichen Pankow. Nun konnte sie ihr junges, unerfahrenes Kind nicht alle Tage sehen, konnte nicht raten und nicht helfen, so oft Lisbeth etwas nicht verstand und wußte. . . . Das ging doch gar nicht!

Am Abend desselben Tages — gerade war die Schneiderin gekommen, um Lisbeth das Brautkleid anzuprobieren — lehrte die Frau Kanzleirätin so verläßt vor Freude aus Pankow zurück, daß sie der Tochter noch im Hut und Mantel um den Hals fiel.

„Jetzt hab' ich's, wie uns allen geholfen ist“, lachte sie atemlos vom raschen Gehn, „wir ziehen auch nach Pankow. Ich habe da eine Wohnung ganz in der Nähe von Deiner gesehen . . . Kind . . . ein Zimmer weniger als hier, das geht ja sehr gut, wenn Du nicht mehr da bist, alles moderner und bequemer, dabei um die Hälfte billiger als hier. Die Wohnung ist gefunden für den Preis, ich mache morgen Kontrakt . . . das steht fest!“

(Fortsetzung folgt.)

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 138.

Waldenburg, den 16. Juni 1920.

Bd. XXXVII.

Der Schuß im Walde.

Roman von Artur Winkler-Tannenberg.
Nachdruck verboten.

(5. Fortsetzung.)

Eine heilige Weihestunde, die guten Samen in eine fromme Kinderseele legte.

Dann wanderten sie heim, als lämen sie aus der Kirche, wo ihnen hohe Worte der Erbahrung guteil geworden waren — ruhiger waren sie, gesagter, stärker fürs Leben.

Dies Leben aber rauschte wieder lauter und reger um sie her. So viel wußte Beate, daß die geschäftlichen Unternehmungen glänzend vorangingen. Lüttichausen walzte treu und stark seines Amtes. Kommerzienrat Uhlig hatte Hildes Vermöndshaft übernommen, und wenn er sein Mündel besuchte, pflegte ihn oft eine tiefe, der Mutter unerklärliche Ergriffenheit zu übermannen.

Einmal hatte Beate ihr Staunen bekannt. „Sie müssen Arnold sehr, sehr lieb gehabt haben, Herr Kommerzienrat, und er hat es nicht gewußt!“

Da war der alte Herr aufgezückt. Die großen, dunklen Augen hatten die Sprecherin angestarrt, und von den schmalen Lippen waren die leisen, rätselhaften Worte geflossen: „Wir Menschen wissen oft nicht, ob wir lieben und geliebt werden.“

— Dies Kind hier aber liebt ich.“

4. Kapitel.

Der Vorsitzende der Strafkammer schüttelte misstrauisch den Kopf, dann sagte er, ein Amtsblatt wendend, zu dem Angeklagten: „Das Gericht besitzt kein Mittel, Sie zum Stehen zu zwingen, aber es besitzt Mittel, den Tatbestand auch ohne Ihre Mitwirkung festzustellen. Das wird geschehen. Bleiben dabei Umstände unerörtert, die zu Ihren Gunsten sprechen könnten, so haben Sie sich das selbst anzuschreiben.“

Der Angeklagte verbeugte sich stumm.

„Wir treten jetzt in die Zeugenvornehmung ein, und es wird zunächst die Identität des Angeklagten mit dem Felix John festzustellen sein.“

— Bankier Walter Röhl!

Der Gerichtsdienner ging und kam mit einem kleinen, dicken Herrn zurück, der in feierlich gemessenem Schritt bis vor den Richtertisch ging, dort eine tiefe Verbeugung machte und nach dieser sich den verrutschten Kniefer wieder fest auf die Nase setzte.

„Zunächst, Herr Röhl“, sagte der Vorsitzende,

„wollen Sie sich einmal den Angeklagten genau ansehen.“

Der Bankier machte eine Halbwendung nach rechts.

„Wer ist das?“

„Das ist mein gewesener Kassierer, der mit dreihundachtzigtausend Mark durchging. Wir haben das Geld heute noch nicht zurück.“

Der Vorsitzende lächelte. „Das mag für Sie sehr unangenehm sein, interessiert aber uns hier zunächst noch nicht. Wie hieß Ihr Kassierer?“

„Felix John.“

„Und Sie erkennen ihn in dem Angeklagten wieder?“

Der Bankier setzte den Kneifer noch einmal zurecht. „Gewiß. Er ist ja jetzt sehr blaß und auch etwas magerer, aber die Untersuchungshof —“

„Vier Monate.“

„Also natürlich ist er's. Er muß das doch selbst zugeben!“

Der Angeklagte hat erklärt, vor den Zeugen überhaupt nicht antworten zu wollen, hat aber bei seiner Verhaftung bestritten, der gesuchte Felix John zu sein.“

Röhl machte ein höchst erstautes Gesicht. „Er will nicht reden, Herr Landgerichtsdirektor? In meinem Geschäft schwatzte er den ganzen Tag. Ich hab' mich oft geärgert. Tüchtiger Kopf, an der Kasse gut, bis das zuletzt vorkam, aber schweigen — nicht möglich!“

„Wie lange stand er in Ihren Diensten?“

„Acht Jahre.“

„In vier als Kassierer?“

„Nein, nur die beiden letzten Jahre.“

„Jedenfalls kennen Sie also Felix John ganz genau?“

„Ganz genau.“

„Und erkennen ihn in dem Angeklagten wieder?“

„Ja.“

„Sie glauben sich nicht irren zu können?“

„Nein, Herr Landgerichtsdirektor. — Aber das alles hat mich schon der Herr Untersuchungsrichter gefragt.“

„Tatwohl, aber es muß hier in der öffentlichen Verhandlung nochmals festgestellt werden.“

Herr Röhl verneigte sich wiederum.

„Und jetzt erzählen Sie einmal den Vorgang mit den dreihundachtzigtausend Mark.“

„Es war sehr einfach. Der Kassierer John kam nicht ins Geschäft. Wir warteten eine Stunde, wir warteten zwei Stunden, wir warteten —“

„Gut — gut, also er kam nicht. Was weiter?“

„Ich stellte mich selbst an die Kasse. Glücklicherweise kamen in den ersten Stunden keine großen Sachen, denn er hatte den einen Schrankschlüssel. Und dann schickten wir in seine Wohnung. Da war er seit dem Abend vorher nicht mehr gewesen. Jetzt bekamen wir einen gehörigen Schreck. Die Kasse wurde geöffnet, und es fehlten dreihunderttausend Mark.“

„Haben Sie etwas über das Motiv in Erfahrung gebracht? Spielte John, hatte er Schulden, trieb er sonstwie Aufwand?“

„Wenn ich dergleichen gewußt hätte, Herr Landgerichtsdirektor, so wäre er nicht einen Tag länger an der Kasse beschäftigt gewesen.“

„Das ist einleuchtend. War seine Stellung eine feste, eine Lebensstellung, oder drohte ihm Nündigung?“

„Wie das so ist, Herr Landgerichtsdirektor“, erwiderte Bankier Röhl auf die Frage des Vorsitzenden. „Man sagt mal ein Wort und meint's nicht so. Als es mit John ein paarmal nicht ganz stimmte bei Abschlüssen, um Bagatellen nur, da hab' ich ja gesagt, ich hätte ihn in 'ner schwachen Stunde zum Kassierer gemacht und ich würde mir's überlegen, ob er's bliebe. Aber so ernst war das nicht gemeint.“

„Aber er könnte es für ernstgemeint angesehen haben?“

Der Bankier wandte sich wieder nach rechts, er wies mit dem Daumen auf den Angeklagten: „Der? So dummkopf ist der nicht!“

„Also, Herr Röhl, Sie erkennen in dem Angeklagten mit aller Bestimmtheit den bei Ihnen als Kassierer angestellt gewesenen Felix John wieder und haben festgestellt, daß mit einem plötzlichen Verschwinden zugleich dreihunderttausend Mark aus der Kasse verschwanden?“

„Ja.“

„Ich danke Ihnen. Bitte, nehmen Sie Platz.“ Damit wies der Vorsitzende auf die den Zeugen reservierte Bank. Dann wandte er sich an den Angeklagten. „Ich frage Sie pflichtgemäß, ob Sie sich zu den Angaben des Zeugen äußern wollen?“

Der Befragte schüttelte den Kopf.

„Der Herr Verteidiger?“

Rechtsanwalt Böttcher verneigte sich dankend und erwiderte: „Ich verzichte zunächst. Einige Fragen behalte ich mir für später vor.“

„Der Herr Staatsanwalt?“

„Danke — nein.“

Der Vorsitzende warf einen Blick in die Alten. „Buchhalter Ferdinand Lamm“, sagte er dann.

Der Gerichtsdienner verschwand, und nach einer Weile erschien er mit dem Verlangten.

„Wie lange waren Sie in dem Bankhause Röhl u. Co.?“

„Drei Jahre.“

„Kannten Sie den Kassierer Felix John?“

„Ja.“

„Gut?“

„Ja.“

„Sie waren mit ihm befreundet?“

Der Zeuge nestelte ängstlich an seinem hohen Kleikragen und sah sich hilflos um.

Der Vorsitzende fuhr fort: „Auch die engste Freundschaft entbindet Sie nicht von der Zeugnispflicht. Nur wenn Sie mit dem Angeklagten verwandt oder verschwägert wären, was Sie vorhin bereits verneinten, dürften Sie Ihre Aussage verweigern.“

Da raffte sich Lamm auf. „Ach, Herr Präsident, ich meine bloß, ich war mit ihm befreundet, solange ich ihn für einen anständigen Menschen hielt, aber —“

„Sie erkennen ihn jetzt nicht mehr als Freund an?“

„Nein.“

„Aber Sie duzten sich mit ihm?“

„Ja, damals —“

„Natürlich damals nur, heute würden Sie es sich verbitten. Jedenfalls aber war damals Ihre Bekanntschaft eine so enge, daß Sie den Felix John jederzeit wiedererkennen müssen?“

„Ja.“

„Ist der Angeklagte dort Felix John?“ Ein scheuer, kurzer Blick flog nach rechts. „Er ist es.“

„Sagen Sie noch einmal und genau hin. Sie sollen mit aller Bestimmtheit erklären, ob Sie ihn wiedererkennen, oder ob Sie einen Unterschied zwischen Felix John und dem Angeklagten finden.“

Lamm sah scharf prüfend den Angeklagten an, der diesem Blick in steinerner Ruhe standhielt. „Er sah gesunder und blühender aus — früher“, erklärte er dann.

„Sonst nichts?“

„Das Haar war kürzer.“

„Die Untersuchungshaft bringt den Gesunden herunter, und der Friseur amtiert nicht oft im Gefängnis. Finden Sie sonst keine Unterschiede?“

„Nein. Wenn er spräche — die Stimme würde ich wohl auch wiedererkennen.“

Der Vorsitzende sagte ärgerlich: „Der Angeklagte will nicht sprechen, und zwingen kann ich ihn nicht. Überlegen Sie sich also noch einmal, ob Sie ihn bestimmt wiedererkennen.“

„Ja, ich erkenne ihn wieder.“

„Hat Ihnen Ihr damaliger Freund irgendwelche Andeutungen gemacht, daß er sich in seiner Stellung bedroht glaubte, haben Sie auch nur die leiseste Ahnung gehabt, was er beabsichtigte?“

Der Zeuge erschrak sichtlich. „Oh, Herr Präsident! Um Gottes willen — nein!“

„Also von der Unterschlagung selbst wissen Sie nichts?“

„Nichts, absolut nichts!“

„Wünschen der Herr Staatsanwalt oder der Herr Verteidiger Fragen zu stellen?“

Beide verneinten.

„Den Angeklagten frage ich natürlich auch, obgleich ich annehmen muß, daß er es auch jetzt ablehnt, zu reden.“

Burkhardt neigte bestätigend das Haupt.

Es wurde dann der Kassierer des Bankhauses und Frau Kordelia Läschner, die Logiswirtin Felix Johns, vernommen. Beide erklärten, daß der Angeklagte Felix John sei. Der Wirtin nutzte der Präsident Wort für Wort aus dem Munde ziehen. Sie bekundete, daß sie sich um Mäter, die pünktlich bezahlten, grundsätzlich nicht mehr befürmerte, als sie selbst wünschen, und Herr John habe immer pünktlich bezahlt. Zum Schlusse bemerkte sie gemüthlich zu dem Angeklagten: „Na, Herr John, nu machen Sie weiter keine Fagen, sagen Sie schon, daß Sie's sind. Die Herren werden dann gewiß gut mit Ihnen sein.“

Der Vorsitzende aber fuhr dazwischen: „Bitte, keine direkte Anrede! Sehen Sie sich, Frau Läschner. — Jakob Löschmann soll kommen!“

Ein hagerer, großer Mann wurde hereingeführt. Zwei Gefangenentwärter blieben an seiner Seite. Der Gerichtsbote besetzte die Tür.

„Sie sind der ehemalige Jockey, ehemalige Pferdehändler, ehemalige Gastwirt und ehemalige Pfandleihber Jakob Löschmann und verbüben jetzt eine Buchhausstrafe?“ sagte der Vorsitzende.

Der Hagerer antwortete, als sei sein Ordensregister verlesen worden: „Jawohl, Herr Präsident. In meiner Kunst aber heiße ich Giacomo Vigi.“

„Also die Hochstapelei nennen Sie Ihre Kunst? Es ist richtig, man hat Sie unter Ihrem Jockeykünstlernamen Giacomo Vigi verhaftet, aber Sie heißen in Wirklichkeit Jakob Löschmann.“

„Leider.“

„Rennen Sie den Mann dort?“

„Ja — den haben wir, mein Freund Peter Swensen und ich, in Berlin ein bisschen gerupft. Er nannte sich Heller damals, aber auf Namen geben wir nichts.“

„Das ist klar, denn Ihr Freund, den wir auch noch sehen werden, heißt auch nicht Peter Swensen, sondern Paul Schindler. Also, der Angeklagte ist Ihnen als Heller bekannt?“

„Jawohl, Herr Präsident. Er versuchte es, uns damit anzuschwärzen. Natürlich dachten wir gleich, daß er anders hieß. Und dann, wie ihm alle Federn ausgegangen waren, wollte er Gutscheine geben. Ich kriege noch zweitausend Mark von ihm.“

„Wirklich, Löschmann?“

„Gewiß.“

„Sie hatten jedenfalls vorher schon gesehen, daß er viel Geld bei sich hatte?“

„Er tat groß wie 'n grüner Junge mit seiner dicken Brieftasche. Schön angeraucht war er auch! Da war's doch 'ne Sünde und Schande

gewesen, ihn der Konkurrenz zu überlassen. So nahmen wir ihn mit.“

Das Auditorium freute sich so herzlich, daß der Präsident Ruhe gebieten mußte.

„Und beim Spiel verlor er?“

„Jawohl, Herr Präsident.“

„Alles?“

„In der Brieftasche war nichts mehr. Ich habe selbst nachgesehen. Und da er noch zweitausend Mark mehr verloren hatte, schrieb er mir einen Gutschein aus. Die Visitenkarte, auf die er schrieb, habe ich aufbewahrt. Sie ist wohl zu den Straftaten gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Kinder.

Stück von Else Kräfft.

Nachdruck verboten.

Gr. — Sie ging noch in die Läterschule, als der Hans sie anguschwärmen begann. Eine richtige, harmlose und vergnügte Kinderfreundschaft war es zuerst; sie lachten, sie ulkten, sie rausten sich auch mal in den benachbarten Gärten herum, daß die schwarzen Bandschleifen in Lisbeths hellen Höschen mehr als einmal verloren gingen und die sparsame Mutter oft den Kopf über die Wildheit der großen, unvernünftigen Kinder schüttelte.

Lisbeth titulierte den Freund in ihrem Tagebuch mit „Ekel“ und „Grechdachs“, und Hans machte Spottgedichte auf die blonde Spielkameradin, die er ihr heimlich in die Schulmappe schmuggelte, und die dann jedesmal mit der genügenden Schärfe beantwortet wurden.

An Lisbeths Einsegnungstage war es das erste Mal, daß Hans nicht spottete. Noch vor der Kirche sah er sie in dem langen, schwarzen Kleide im Garten und griff ganz erschrocken in den knospenden Fliederbaum, weil er seltsamerweise einen Halt vor den frommen Mädchenaugen brauchte.

Sie pflückte verlegen an ihrem Beilchenstrauß, wollte lachen und wurde dann dunkelrot.

„Ach . . . Quatsch . . . red' doch was, Hans“, sagte sie endlich hilflos.

„Was denn?“ fragte er, ebenso rot wie sie.

Sie aber lief von ihm fort und in das Haus zurück. Auf der Treppe blieb sie stehen, schluckte ein bisschen und wischte dann schnell die Tränen fort, die mitten auf den schlichten Einsegnungsstrauß gefallen war.

„Quatsch“, flüsterte sie noch einmal erschauernd.

Er aber stand noch auf derselben Stelle im Frühlingsgärtlein und starrte die Tür an, hinter der das Mädel verschwunden war. Und eine Ahnung von etwas wunderwoll Schönem und Erstrebenswertem kam in sein junges, wildes Leben.

den Erfolg verbürgen sollen. So entstand der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen mit dem Sitz in Berlin und vielen Zweigstellen im Reiche. So bildeten sich die Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier und die einzelnen örtlichen Vereine heimatreuer Ost- und Westpreußen, während wiederum ein Netz von Arbeitsgemeinschaften beginnt, die Verbindung mit der alteingesessenen Bevölkerung zum Zweck der praktischen Bevölkerung herzustellen.

Für vergangenen Freitag und Sonnabend waren die Vertreter der ost- und westpreußischen Heimatvereine von der Zweigstelle Breslau des Deutschen Schutzbundes zu einer Tagung im Landhause einzutreten. In drei Zusammenkünften am Freitag wurden die Landesverbände der heimatreuen West- und Ostpreußen gegründet und deren Vereinigung unter Leitung von Finanzrat Schulze beschlossen. Das nächste Ziel ist die Schaffung eines Reichsverbandes, zu dem Hunderttausende von treuer Liebe zu ihrer Heimat bekehrter Altpreußen gehören werden.

Der Freitagabend brachte eine großartige Kundgebung im Saale des Konzerthauses, der bis zum letzten Platz gefüllt war. Die mächtigen Klänge des Bernerischen Orgelpräludiums l-moll vorgelesen von Herrn Organist A. Ehrenberg, leiteten die eindrucksvolle Feier ein, und Heimats- und Vaterlandslieder, vom Breslauer Lehrergesangverein vorgetragen, erhoben die Herzen zu weihvoller Stimmung. Der Leiter der Zweigstelle Breslau des Deutschen Schutzbundes, Major W. Vogel, sprach, nachdem von seinem unermüdlich treuen Mitarbeiter Hinze der rednerische Teil eröffnet worden war, über die Lage vor der Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Er schilderte die gegnerischen Machenschaften und ließ seine Freude ausklingen in die Forderung der ungehinderten Ausübung unseres feierlich verbrieften Rechts der Selbstbestimmung. An die Westpreußen wandte sich nun der Vorsitzende des Vereins heimatreuer Westpreußen in Breslau, Lehrer Janitzki, an die Ostpreußen Pastor Dr. Bosien, Mettor Reuber (Dirschau), der als Flüchtling in Haynau weilt, schilderte die preußische Heimat und ihre Not. Danach überbrachte ein Vertreter der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier deren Heimweh, und ein „Lebewohl“ und „Auf Wiedersehen!“ von Major Vogel beschloß den rednerischen Teil der Kundgebung, die in gesanglichen Darbietungen und in dem Orgelvortrag des Chorals aus den „Meisterstücken“: „Wach auf, es naht der Tag“ einen erhebenden Abschluß fand.

Eine fünfstündige Vormittagssitzung am Sonnabend wurde ausgefüllt durch die Besprechung aller technischen Einzelheiten bezüglich der Abstimmungsfrage und ihrer letzten Vorarbeiten, während die

gegen 5 Uhr beginnende Nachmittagssitzung eine Zusammenfassung der wesentlichsten Ergebnisse vor den Vertretern der Behörden, der Presse und der privaten Körperschaften darstellte.

Die Breslauer Tagung lieferte den Beweis dafür, daß die Zweigstelle Breslau des Deutschen Schutzbundes, vertreten durch Vogel und Hinze, die unermüdlich tätigen Generalstabsleiter der altpreußischen Heimatbewegung, in innigem Handharbeiten mit den Vereinigten Verbänden heimatreuer Oberschlesier und den ost- und westpreußischen Heimatvereinen in der Provinz seit Anfang März d. J. ein gewaltiges Werk bis ins Einzelste vorbereitet hat, das in der ersten Hälfte des Juli der Welt ein Schauspiel von ungeahnter Größe, einen kräftigen Lebensbeweis des zwar leidenden, aber innerlich unzerbrochenen deutschen Volkes bieten soll. Die Abstimmung im Nordosten wird zugleich eine Generalprobe für Oberschlesien sein und allen Misstrauenden zeigen, daß der Deutsche nicht gewillt ist, auch nur eine Instanz, nur einen Grabenrand dem Feinde kampflos zu überlassen, daß wir im Gegen teil unsere Blicke vertrauensvoll in die Zukunft richten und schon jetzt bereit sind, die Lösung künftiger völkischer Aufgaben wohlbedacht und tatkräftig vorzubereiten. Dazu „Glück auf!“

*
Die deutsche Regierung hat eine große Reihe von Dampfern gechartert, welche Ende des Monats aus Kiel und Swinemünde ihre Fahrt nach Ostpreußen antreten sollen und 160 000 bis 180 000 Personen, die zur Abstimmung in die bedrohten Gebiete reisen, aufzunehmen sollen.

Viertes Telegramme.

Trimborns Verhandlungen.

Berlin, 16. Juni. Eine zwischen Herrn Trimborn auf dessen Veranlassung mit führenden Persönlichkeiten der Deutschen Nationalen Volkspartei gestern abend stattgehabte Unterredung hätte, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt, lediglich orientierenden Charakter gehabt.

Professor Weber †.

Berlin, 16. Juni. Wie der „Voss. Blg.“ aus München gebracht wird, ist Professor Max Weber, der berühmte Nationalökonom, der seit wenigen Monaten als Nachfolger Brentanos an der Münchener Universität wirkte, Montag abend im Alter von 55 Jahren unerwartet verschieden.

Die österreichische Kabinettsskrise beigelegt.

Wien, 16. Juni. Die österreichische Kabinettsskrise ist beendet. Es bleibt alles beim alten. Die Parteien, die noch gestern erklärt haben, sie seien nicht

in der Lage, zusammen zu arbeiten, haben sich wieder gefunden. Die Koalition heißt von nun an Koalition. Die Regierung bleibt im Amt. Im Herbst sollen Neuwahlen stattfinden.

Polen bittet um Frieden.

London, 16. Juni. „Daily News“ teilt mit, daß Polen wegen der militärischen Lage beschlossen habe, bei Russland um Frieden nachzufragen. Alle politischen Parteien hätten sich geeinigt, daß das Friedensangebot an die Räteregierung, das bereits seit 10 Tagen fertig abgesetzt ist, sofort abgesandt werden soll.

Erste Lage in Albanien.

Bugano, 16. Juni. Einer Blättermeldung aus Rom zufolge ist die Lage in Albanien äußerst ernst, da die albanischen Aufständischen durch Serben verstärkt wurden, deren Uniformen und Waffen amerikanischen Ursprungs sein sollen.

Von den Lichtbildbühnen.

Orient-Theater. Henry Porten, der ausgesprochene Siebling aller Kinobesucher, tritt als Hauptperson auf in dem wöchentlichen Lustspiel: „Die Fahrt ins Blaue“. Eine über Nacht durch einen großen Treffer in der Poterie reich gewordene Verkäuferin sucht nach moderner Art ihr Leben möglichst auszukosten und bedient sich hierbei eines Autos zur lustigen, abwechslungsreichen Fahrt ins Blaue. Die tollsten Situationen werden durch den losen Vogel hervorgerufen, der schließlich doch von seiner Abenteuerlust geheilt wird und den rechten Hafen findet. Schauspielerische Szenen werden vorgeführt in dem Bildschirm-Schlager „Rote Rose“. Die von wilder Leidenschaft ausgepeitschten Indianer führen abscheuliche Grausamkeiten an harmlosen Farmerfamilien aus, bis diese von Freundschaft gerettet werden, während die unbarmherzigen Rothäute dem wohldienenden Strafgericht zugeführt werden. Beide Filmwerke weisen Naturaufnahmen von seltener Schönheit auf.

Wettervoraussage für den 17. Juni:
Heiter, warm, aber Gewitterbildung möglich.

Bankhaus Eichborn & Co.

Gegründet 1728 Telephone Nr. 35
Filiale Waldenburg i. Schl. Freiburger Str. 23a
An- u. Verkauf, Aufbewahrung u. Verwaltung von festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und Kuxen
Annahme von Geldern zur günstigsten Verzinsung
Annahme und Verzinsung von Beamtengehältern im Ueberweisungswege.

Vermögens- und Nachlaß-Verwaltung,
Vermietung von Schrankfächern unter eigenem Ver-
schluß der Miete. — Beleihungen — Wechsel-
diskont. — Kontokorrent- und Scheck-Verkehr.

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben
(Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich
für die Schriftleitung: O. Münnig, für Redakteur und
Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

20 000 Mark,

mündlicher, per 1. Juli oder
auch etwas früher zu vergeben.
Öfferten unter O. P. in die Ge-
schäftsstelle dieser Zeitung.

Es werden

40—50 000 Mark.

zur 1. Stelle für 1. Oktober er-
auf ein städt. Wohnhaus gesucht.
Öfferten erbettet.

Jakob, Waldenburg,
Ring 18.

Dr. Bufebs Ideal-

Fleckwasser entfernt im Nu
jeden Fleck. Bei Franz Bentscha,
Schloß-Drogerie, Ob. Waldenburg

Kluge

Frauen

lassen sich nicht täuschen durch
so oft angebotene meist wert-
lose Präparate. Nehmen Sie bei
Regelstörung, Stockung nur
in verzweifelten Fällen erprob-
ten wirksamen Mittel. Sie wer-
den überrascht und mir dank-
bar sein. Diskr. Versand mit
Garantie, voilk. unschädlich,
andernfalls Geld zurück.
Wirkung in 3 Tagen.

O. Hansen, Hamburg, Woldenallee 50.

Frauen-Schutz

geg. Empfängnis, Tropfen und
Pulver gegen Störung. Gummi-
ware. Prosp. geg. Rückporto.

M. Pitschmann, Görlitz,
Versand Landskronstraße 50.

Kammerjäger Rath, Breslau 2,

kommt in diesen Tagen nach

Waldenburg

undrottet vollständig Ungeziefer, als wie Natten, Mäuse, Schwaben, Wanzen usw., aus. Nur durchschlagender Erfolg. Erfolg ausgeschlossen. Meine Präparate sind Geheimnisse und werden von vielen nachgeahmt, aber bis jetzt von keinem erreicht. Verwaltungen, Landwirte erhalten mäßige Preise. Besuch ohne Verbindlichkeit.

Vorsicht vor hausierenden Kammerjägern!

Gerichtliche, beglaubigte Dankschreiben von Behörden und Privaten stehen zur Verfügung. u. a.:

Dem Kammerjäger Herrn Rath, Breslau 2, bescheinigen wir hierdurch, daß derselbe die Ausrottung von Insekten in unteren Beamtentümern, in den Räumen unseres Gefangeneneinzelns die Ratten, zu unserer Zufriedenheit ausgeführt hat.

Schlesische Spiegelglas-Manufaktur.

p. Carl Tielsch, G. m. b. H.

Altwasser, den 17. Oktober 1918.

Schriftliche Angebote erwünscht unter „Ausrottung“
bis zum 25. Juni 1920 an die Geschäftsstelle d. Blg.

Achtung! Transport- u. Reise-Effekten!

Gegen Diebstahl und Veranbung

von Umzugsgütern, einschließlich Bruchgeahr, sowie sämtl. Sendungen, sowohl mit der Post, Eisenbahn, als auch Fuhrtransporte und Reise-Effekten schützt man sich durch Abschluß einer Transportversicherung bei der „WATERLAND“. Kostenlose Öfferten erteilt:

Hermann Reuschel, Auenstraße 37. Telefon 432.

Homöopathie

Heilbehandlung chronischer und akuter
Leiden, chem. Harnuntersuchungen.

Scholz, Waldenburg, Friedländer Str. 23.

Der vom 1. Juni d. J. ab gültige

Eisenbahnsfahrplan

(zu 20 und 30 Pf., auf Karton 60 Pf.)

ist zu haben in der
Geschäftsstelle d. „Waldenburger Zeitung“.

